

Soziale Politik für alle:

Wir sagen der Armut den Kampf an



Durch die so genannten HARTZ-Gesetze wurde Deutschland zum Niedriglohnland. Aus Sorge vor dem Absturz in Hartz IV werden viele schlechter bezahlte und weniger abgesicherte Tätigkeiten angenommen. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn ist zwar eingeführt. Der Druck auf die Löhne, die Arbeitszeiten und die betrieblichen Rechte bleiben dennoch

bestehen, da viele Menschen in Werkverträge und Scheinselbstständigkeit gedrängt werden.

Der wirksamste Weg aus Armut und Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit ist es, den Menschen Wege in sinnvolle, menschenwürdige Tätigkeiten ohne Zwang zu öffnen, von denen sie leben können. Der erste Arbeitsmarkt wird diese Aufgabe nicht bewältigen, die Hartz-Gesetze sind dazu völlig ungeeignet. Deshalb brauchen wir mehr öffentlich geförderte, sinnvolle Beschäftigung. Statt mit öffentlichen Subventionen die Unternehmensprofite zu steigern, müssen gemeinwirtschaftliche Tätigkeiten der solidarischen Selbsthilfe mit öffentlichen Mitteln nachhaltig gefördert werden.

DIE LINKE sagt klar: HARTZ IV muss weg!






Weil dies jedoch eine bundespolitische Entscheidung ist, haben wir darauf als Kommunalpolitiker keinen Einfluss. Aber wir werden unseren Einfluss dort geltend machen, wo wir ihn haben, denn der Kreis Recklinghausen ist eine so genannte Optionskommune.

Diese ausgewählten Kommunen betreuen ihre Langzeitarbeitslosen selbst über ein städtisches Jobcenter, die Bundesagentur für Arbeit ist nicht für sie zuständig. Der Kreis hat die Stadt Gladbeck beauftragt, die Betreuung der Langzeitarbeitslosen in Gladbeck sicher zu stellen.

Die Beteiligung Gladbecks am Jobcenter muss genutzt werden, um ein vorbildliches, respektvolles und vorurteilsfreies Verhalten der Beschäftigten gegenüber den ihnen anvertrauten Menschen zu erreichen. Wer arm oder arbeitslos ist, darf nicht an den Rand

gedrängt werden. Vielmehr haben alle Klienten des Jobcenters einen Anspruch darauf, mit ihren jeweiligen Stärken und auch Unterstützungsbedarfen in den Mittelpunkt einer freundlichen, qualifizierten Beratung und Betreuung gestellt zu werden. DIE LINKE. Gladbeck lehnt Sanktionen durch Leistungskürzungen ab. Das Jobcenter hat einen Betreuungs- und Vermittlungsauftrag jedoch keinen Erziehungsauftrag gegenüber Menschen in finanziellen Notlagen. Um diesem Betreuungs- und Vermittlungsauftrag gerecht zu werden ist es auch notwendig, die Zahl der Beschäftigten im Jobcenter zu erhöhen und sie entsprechend zu qualifizieren.

DIE LINKE. Gladbeck setzt sich ein für:

-  einen Stopp der Zwangsumzüge für Hartz IV-Empfänger
-  einen Stopp von Sanktionen
-  die Schaffung öffentlich geförderter, tarifgebundener Beschäftigungsverhältnisse statt 1-Euro-Jobs
-  den Aufbau öffentlich finanzierter Hartz IV- und Sozialberatungsstellen
-  eine bessere personelle Ausstattung und Qualifizierung der Beschäftigten